

## Christlich-Soziale im Deutschen Gewerkschaftsbund

Ehemalige christliche Gewerkschaftsfunktionäre katholischer Herkunft<sup>1</sup> gehörten 1945 zu den Mitbegründern von Einheitsgewerkschaft und CDU. Gleichzeitig standen sie als bewußte und engagierte Katholiken im organisierten deutschen Katholizismus (KAB, Kolping, ZdK). Aber in allen drei Feldern (CDU, DGB und Katholizismus) bildeten sie eine Minderheit.

Ihren entschiedenen Einsatz für die Einheitsgewerkschaft und gegen die Wiedergründung christlicher Gewerkschaften verstanden sie mehrheitlich als notwendige Konsequenz aus der gewerkschaftlichen Niederlage des Jahres 1933 und ihren Folgen. Auf diesen Zusammenhang wiesen die katholischen DGB-Funktionäre nach dem Krieg immer wieder hin: „Die weltanschauliche Zerrissenheit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung war in erheblichem Maße mitverantwortlich dafür, daß der National-Sozialismus im Jahre 1933 ohne starke Widerstände aus der Arbeiterschaft die Macht an sich reißen konnte.“<sup>2</sup> Deshalb betonten die christlichen Gewerkschafter – ebenso wie die Vertreter der anderen ehemaligen Richtungsgewerkschaften – den wichtigen Anteil der bürgerlich-kapitalistischen Führungselite der Weimarer Republik am Aufstieg des Nationalsozialismus und forderten eine gesellschaftliche Führungsrolle der Arbeiterbewegung.

In dem Maß, wie das parteipolitische Leben ins Rollen kam und durch den „Kalten Krieg“ alte Polarisierungen zwischen den Richtungen wieder das Tagesgeschehen bestimmten, wurde auch die Stellung der katholischen DGB-Gewerkschafter in CDU und Katholizismus zunehmend stärkeren Anfechtungen ausgesetzt. Eine zusätzliche Belastung erhielt ihre Arbeit im DGB dadurch, daß die Zahl der christlich-sozialen Arbeiter, die den Untergang der Gewerkschaften 1933 nicht erlebt hatten, im Lauf der Zeit immer größer wurde<sup>3</sup>. Im christlich-sozialen Bereich erwiesen sich verstärkt jüngere Arbeitergruppen als dynamische Träger für eine kritische bis ablehnende Haltung zum DGB<sup>4</sup>.

### Zwei Generationen christlich-sozialer DGB-Funktionäre

Das traumatische Erlebnis der ersten Generation der christlichen Einheitsgewerkschafter war die Erfahrung der gespaltenen Gewerkschaftsbewegung und ihr fatales Ende 1933. Zu dieser Generation gehörten die Jahrgänge zwischen 1886 und 1915. Sie hatten bereits in der Weimarer Republik den Kampf der christli-

chen Gewerkschaften gegen Eingriffe des Klerus und der Zentrumspartei erlebt und betrachteten deshalb die Einheitsgewerkschaft – nicht ohne Emphase und Emotionalität – als eine historische Errungenschaft, hinter die es kein Zurück mehr geben dürfe. Zu dieser Gruppe zählen die beiden DGB-Bundesvorstandsmitglieder der ersten Stunde, Matthias Föcher und Thea Harmuth, sowie Bernhard Tacke, der stellvertretende Vorsitzende der IG Textil.

Die zweite Generation hat aus eigener Erfahrung nie eine andere Gewerkschaft als die Einheitsgewerkschaft kennengelernt, mit Ausnahme der Deutschen Arbeitsfront. 1945 waren auch einige Katholiken unter den Mitbegründern der Einheitsgewerkschaft, die vor 1933 noch nicht aktiv sein konnten, weil sie noch zu jung waren. Diese zweite Generation, der beispielsweise Maria Weber, Adolf Müller und Rudi Nickels zuzurechnen sind, umfaßt, von Ausnahmen abgesehen, die Jahrgänge von 1916 bis 1930. Geprägt wurden sie durch die Nazizeit, die katholische Jugend und den Krieg. Gewerkschafter dieser Generation fanden sich auch zur Christlich-Sozialen Kollegenschaft zusammen, die in einer kritischen Distanz zu den führenden christlich-sozialen Gewerkschaftern der ersten Generation wirkte. Ihnen ging es u. a. darum, den historischen Proporzkompromiß, den die erste Generation katholischer Funktionäre eingegangen war, erneut zur Disposition zu stellen. Darunter verstanden sie eine stärkere personelle und programmatische Berücksichtigung der christlich-sozialen Richtung. Diese sollte aber nicht unverbindlich in Aussicht gestellt, sondern konkret verankert werden.

Während Aktivisten der zweiten Generation als tragende Säule der Gründung der christlichen Gewerkschaft (1955) wirkten, wechselten nur einzelne DGB-Funktionäre aus dieser Generation (Theodor Terriete, Hans Trawinski) zu den christlichen Gewerkschaften.

Ein weiterer Punkt, welcher zumindest der Tendenz nach auf den unterschiedlichen politischen Generationenerfahrungen beruht, betrifft das Verhältnis von Gewerkschafts- und Parteiarbeit. Hierzu gab es unter den christlich-sozialen DGB-Vertretern in Führungspositionen zwei Sichtweisen. Die führenden Vertreter der ersten Generation (Föcher, Tacke, Harmuth) bestanden mehrheitlich darauf, daß Partei und Gewerkschaftsarbeit strikt getrennt werden mußten und daß deshalb von Gewerkschaftssekretären auch keine politischen Mandate übernommen werden dürften. Durch die Verankerung in Partei und Gewerkschaft entstanden doppelte bzw. gebrochene Loyalitäten, die letztlich der Gewerkschaftsarbeit nicht förderlich seien. In dieser Haltung wurden sie in der ersten Hälfte der 50er Jahre durch den enormen Graben zwischen dem DGB und der Mehrheit der CDU bestärkt. Ihre eindeutige Priorität gewerkschaftlicher Solidarität gegenüber parteipolitischen Bindungen haben sie in wichtigen Entscheidungen bewiesen und durchgehalten<sup>5</sup>. Die Einhaltung dieser Trennung machte es zum Beispiel Bernhard Tacke möglich, die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr zu unterstützen.

Die andere Sichtweise, die eher unter Angehörigen der zweiten Generation zu finden war, lehnte diese strikte Trennung mit dem Hinweis auf die vielen sozialdemokratischen Mandatsträger in der Einheitsgewerkschaft ab. Von der Übernahme parlamentarischer Funktionen versprachen sie sich auch eine Stärkung der christlich-sozialen Position im DGB. Zudem wurde hierin eine Möglichkeit gesehen, um gewerkschaftliche Anliegen im parlamentarischen Raum einzubringen. Die Übernahme politischer Mandate durch diese Gruppe nahm in den 60er Jahren zu. Damit ließen sich die christlich-sozialen Mandatsträger auf eine neue Qualität des Loyalitätskonflikts ein, der von den „Nur-Gewerkschaftern“ abgelehnt wurde<sup>6</sup>.

### Die ehemaligen christlichen Gewerkschafter in der Adenauer-Ära

Die ehemaligen christlichen Gewerkschafter bildeten nach dem Krieg keine homogene Gruppe. Am deutlichsten spiegelte sich dies in den unterschiedlichen Präferenzen im Spannungsfeld von Partei- und Gewerkschaftsarbeit wider. Die wichtigsten Felder, auf denen die christlichen Gewerkschafter nach dem Krieg gewerkschaftlich und/oder politisch aktiv wurden, lassen sich folgendermaßen abgrenzen:

Einige nahmen führende Stellungen in der Politik ein, bis hin zum Ministeramt (zum Beispiel Karl Arnold, Jakob Kaiser, Johannes Albers). Damit waren sie keine Gewerkschafter mehr und standen für den Aufbau der Einheitsgewerkschaft nicht zur Verfügung. Trotzdem nahmen sie auf die gewerkschaftliche Entwicklung Einfluß. Dies war deshalb möglich, weil es im Vergleich zu ihnen keine starken christlich-sozialen Führerpersönlichkeiten im DGB gab<sup>7</sup>.

Diejenigen, die sich nach dem Krieg ganz der Gewerkschaftsarbeit verschrieben und dort Vorstandspositionen einnahmen, zählten vor 1933 nicht zu den bedeutendsten christlichen Gewerkschaftern (z.B. Bernhard Tacke, Karl Braukmann, Hugo Karpf). Ausnahmen bildeten Matthias Föcher, stellvertretender Vorsitzender im christlichen Metallarbeiterverband, und Bruno Trawinski, der von 1926 bis 1933 Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbands in Breslau war und von 1947 an wieder eine führende Stellung in der IG Metall einnahm. Aber auch sie zählten nicht zur ersten Garde der Gewerkschafter in der Weimarer Republik.

Eine dritte Gruppe wurde zunächst in der Gewerkschaftsarbeit aktiv, wanderte dann aber Ende der vierziger Jahre in die Politik ab, zum Beispiel Anton Storch (Arbeitsminister 1949–1957) und Theo Blank (Verteidigungsminister 1955–1956, Arbeitsminister 1957–1965).

Die Mehrheit der ehemaligen christlichen Gewerkschafter schloß sich der CDU an. Ein Teil hielt der wiedergegründeten Zentrumsparterie sehr lange die

Treue (zum Beispiel Hubert Stein, Anton Meine, Peter Viehöver), ein anderer schloß sich im Lauf der Jahre der SPD an (zum Beispiel Heinrich Gutermuth, Ernst Leuninger).

Das Grundproblem der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter bestand in der Zeit nach 1948<sup>8</sup> darin, daß weder von seiten der CDU noch von seiten des organisierten Katholizismus die Forderungen der Gewerkschaften grundsätzlich mitgetragen wurden. Dagegen wußten sich ihre sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen zumindest auf der programmatischen Ebene in einer relativ weitreichenden Übereinstimmung mit ihrer Partei. Die Handlungsbedingungen der aktiven christlich-sozialen Einheitsgewerkschafter katholischer Herkunft waren in diesem Zeitraum durch eine dreifache *Minderheitsposition* geprägt:

In den *Einheitsgewerkschaften* standen die katholischen Gewerkschafter, die der CDU und dem organisierten Katholizismus nahestanden, als Minderheit einer überwältigenden Mehrheit sozialdemokratisch orientierter Gewerkschafter gegenüber. In der CDU hatten sie weder eine starke Lobby noch erhielten sie von dort eine nennenswerte Unterstützung für ihre Arbeit. Im *Katholizismus* stieß die Einheitsgewerkschaft auf starke Skepsis bis hin zur Ablehnung; der Einheitsgewerkschafter stand in dieser Perspektive stärker im gegnerischen als im eigenen Lager. Daran änderten auch die gelegentlich vorgetragenen Appelle katholischer Würdenträger für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Einheitsgewerkschaft nichts. Die Haltung der katholischen Kirche war zu ambivalent, um eine mobilisierende Wirkung in Richtung Einheitsgewerkschaft zu erreichen.

Diese dreifache Minderheitsposition trug entscheidend dazu bei, daß sich weder in der Einheitsgewerkschaft noch in der CDU, noch im Katholizismus eine starke und selbstbewußte christlich-soziale Arbeiterschaft etablieren konnte.

### Die katholischen Gewerkschaftsfunktionäre im DGB

Die Stärke der christlich-sozialen Gewerkschafter im DGB war und ist regional sowie zwischen den verschiedenen Einzelgewerkschaften sehr unterschiedlich. Dort, wo die christlichen Gewerkschaften bereits vor 1933 stark vertreten waren – wie im Saarland, in Westfalen, am Niederrhein, im Münsterland –, lagen auch in der Nachkriegszeit ihre Hochburgen im DGB. Der Unterschied zwischen den Einzelgewerkschaften steht in einer ähnlichen Kontinuität zu Weimar wie der regionale. Die christlichen Gewerkschaften waren vor 1933 zum Beispiel relativ stark im Bergbau, in der Textilindustrie sowie in der Holz- und Baubranche. Während sie in den entsprechenden DGB-Gewerkschaften nach 1945 ähnlich stark vertreten waren, konnten sie in den Bereichen, in denen sie vor 1933 schwach waren, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie und in der Lederindustrie, auch nach 1945 keinen stärkeren Einfluß ausüben.

Im Hinblick auf den gesamten DGB waren und sind die aktiven Gewerkschafter der christlich-sozialen Richtung in einer absoluten Minderheitsposition gegenüber ihren sozialdemokratischen Kollegen. Ihre geringe Präsenz warf die Frage auf, wie jenseits des Mehrheitsprinzips eine angemessene Vertretung in den Gremien und Funktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften sichergestellt werden konnte. Im DGB-Bundesvorstand und in einigen Einzelgewerkschaften wurde deshalb ein Proporzsystem eingeführt. Seit 1949 sind im DGB-Bundesvorstand zwei Repräsentanten der christlichen Richtung vertreten. An der Durchsetzung dieses Proporzsystemes für den DGB-Bundesvorstand hatte Hans Böckler einen maßgeblichen Anteil. Als es auf dem DGB-Gründungskongreß in München (12.–14. Oktober 1949) um die Wahl eines Vorstandsmitglieds für den Bereich „Frauen“ ging, gab die Autorität Hans Böcklers den Ausschlag: „Das Frauendezernat verlangt den vollen Einsatz einer ganzen Persönlichkeit, und es ist mir schwer genug gefallen, eine entsprechende Kollegin dafür ausfindig zu machen. Ich verfolge den Zweck – ich kann es dem Kongreß ruhig sagen –, der christlichen Richtung eine etwas stärkere Position im künftigen größeren Bundesvorstand einzuräumen als sie bis jetzt innehatte (Beifall)“<sup>9</sup>. An der christlich-sozialen Präsenz in diesem Gremium änderte sich auch nichts, als der Vorstand von elf auf neun Personen reduziert wurde.

In den Einzelgewerkschaften gibt es keine einheitlichen Regelungen, wie einige Beispiele zeigen: So waren in der IG Bergbau die Christlich-Sozialen seit 1945 relativ stark in den Vorständen und Gremien vertreten; in der IG Metall ist immer ein Christlich-Sozialer Mitglied des geschäftsführenden Vorstands<sup>10</sup>; in der IG Chemie hat es nie ein christlich-soziales Hauptvorstandsmitglied gegeben. Bisher war es in allen Einzelgewerkschaften ein ungeschriebenes Gesetz, daß der Vorsitzende sozialdemokratischer Herkunft sein müsse. Erstmals durchbrochen wurde dieser Grundsatz mit der Wahl von Hermann Lutz zum Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft (1986). Damit wurde zum ersten Mal ein Christlich-Sozialer zum Vorsitzenden einer Einzelgewerkschaft gewählt.

Forderungen nach einer weitergehenden Verankerung von Gewerkschaftern der christlich-sozialen Richtung in hauptamtlichen Positionen, bis hin zur Quotierung auf paritätischer Grundlage, wurden von seiten der Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB und von anderen christlich-sozialen Gruppen außerhalb des DGB (zum Beispiel der CDA, der KAB, der CAJ) in den 50er Jahren immer wieder ins Spiel gebracht. Von seiten der führenden christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter wurden diese Vorschläge jedoch als mit den Satzungen unvereinbar abgelehnt.

Die Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratischen Mehrheitslinie und den katholischen Gewerkschaftern wurde weder durch die Mißachtung religiöser Bekenntnisse noch durch inhaltliche Abweichungen in den programmatischen und tagespolitischen Fragen grundsätzlich belastet. Die gemeinsame Leitlinie ih-

res Handelns bestand in einer Veränderung der gesellschaftlichen, insbesondere der wirtschaftlichen Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten, was letztlich auf eine Veränderung der Sozialstruktur im Rahmen des Kapitalismus hinausläuft. Eine politische Stärkung erfuhr diese Zusammenarbeit in den 50er Jahren durch die gemeinsame Gegnerschaft zur kommunistischen und linkssozialistischen Gewerkschaftsrichtung im Kontext des kalten Krieges und der „Godesbergisierung“ der SPD<sup>11</sup>.

### Die christlich-soziale Sammlung im DGB

Mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft war das alte Muster der quasi-institutionellen Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei (Freie Gewerkschaften und SPD sowie christliche Gewerkschaften und Zentrum), das trotz aller Unabhängigkeitserklärungen vor 1933 bestand, aufgelöst. Aufgrund der machtpolitischen Bedeutung der Gewerkschaften war es den Parteien nicht gleichgültig, wie sich die Gewerkschaften entwickelten. Auch wenn sich keine mit der Zeit vor 1933 vergleichbaren Kontakte herausbildeten, so entstanden doch bereits 1945/46 betriebliche und innergewerkschaftliche Zusammenschlüsse<sup>12</sup>, die den Parteien nahestanden. 1946 wurde beim SPD-Parteivorstand ein Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen eingerichtet. Aufgrund der Erfahrungen, daß in relevanten politischen Fragen der DGB anders votierte als die SPD, erfolgte im Februar 1950 die Bildung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ (SAG). Damit begann der Versuch einer systematischeren Sammlung und Anbindung der sozialdemokratischen Gewerkschafter an die SPD<sup>13</sup>.

Unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs Bruno Heck wurde 1954 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Gewerkschaftsreferat eingerichtet. Diese Stelle wurde mit Hans Zankl, dem DGB-Vorsitzenden des Kreises Düren, besetzt. Für die gewerkschaftliche Diskussion selbst hatte dieses Referat keine große Bedeutung. Allerdings stellte sich durch diese Arbeit eine engere Zusammenarbeit der christlich-sozialen Gewerkschaftsarbeit mit der Partei ein. Koordinierend und finanziell unterstützend wurde von hier auf die Sammlung der christlich-sozialen Gewerkschafter eingewirkt.

Am Anfang standen die *Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)*<sup>14</sup>, die gleich nach dem Krieg die Zusammenarbeit der ehemaligen christlichen Gewerkschafter organisierten. Doch bestanden von Anfang an Spannungen zwischen denen, die in die Gewerkschaftsarbeit, und denen, die in die Partei gingen. Als sich 1948 unter dem Eindruck der Entscheidungen des Frankfurter Wirtschaftsrats und des Generalstreiks der Gewerkschaften die Spaltung der Sozialausschüsse in drei Flügel (Partei-, Gewerkschafts- und KAB-Flügel) verfestigte, war eine einheitliche Gewerkschaftspolitik in diesem Gremium nach 1948 nicht mehr zu formulieren. Deshalb sammelten sich die christ-

lich-sozialen DGB-Gewerkschafter von da an verstärkt außerhalb der CDA, um ihr Vorgehen in den zentralen wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Fragen zu besprechen und sich gegen den Druck von außen zur Wehr zu setzen. Häufig fanden Treffen dieser Art auch vor oder nach großen CDA-Veranstaltungen statt<sup>15</sup>. Es handelte sich hierbei aber trotzdem weder um regelmäßig stattfindende Treffen noch um die Institutionalisierung mit dem Ziel einer dauerhaften Einflußnahme in Richtung CDU oder DGB.

Mit der *Christlich-sozialen Kollegenschaft* im DGB (1952–1960) entstand in den Jahren 1952/53 ein Sammelbecken mehrheitlich junger katholischer DGB-Gewerkschafter. Sowohl die Gewerkschaftspolitik der christlich-sozialen DGB-Führer als auch der CDA wurde von ihr kritisch betrachtet. Im Gegensatz zur CDA organisierte sich die Kollegenschaft innerhalb der Gewerkschaften. Formal war diese Gruppierung unabhängig von der CDU. Ihre Grundorientierung bezog sie aus der katholisch-sozialen Tradition und Theorie. Nach den ersten Erfolgen der Kollegenschaft, die sehr eng an die führende Tätigkeit des Jesuitenpaters Herbert Reichel geknüpft waren, regte sich gleichzeitig Widerstand aus innergewerkschaftlichen, katholischen und CDU-Kreisen. Im Jahr 1960 kapitulierte Reichel vor diesem Druck und erklärte das „Experiment Einheitsgewerkschaft“ für gescheitert. Damit schied die Kollegenschaft aus dem innergewerkschaftlichen Machtkampf aus.

Um sich nicht von der Kollegenschaft abhängig machen zu müssen, beschlossen christliche DGB-Funktionäre am 6. Juni 1956 die Bildung einer *Sekretärsvereinigung*<sup>16</sup>. Maßgeblich waren dabei der IG-Metall-Bezirksleiter Bruno Trawinski und Hans Zankl, Referent des Gewerkschaftsreferats der CDU: „Es hat sich während der Auseinandersetzungen in den letzten Monaten gezeigt, daß diese Sekretäre die einzigen Garanten für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft waren. Daraus muß man die Konsequenz ziehen, daß diese Sekretäre zu einer größeren Einheit zusammenzufassen sind und daß sie zum anderen stärker als Sprecher der christlichen Kollegenschaft im DGB auftreten müssen.“<sup>17</sup> Da die Sekretärsvereinigung für ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre nicht offenstand und im christlich-sozialen DGB-Lager auch auf Widerstand stieß, konnte sie keine größere Bedeutung gewinnen.

Nach der offiziellen Abkehr der Kollegenschaft vom DGB im Jahr 1960 begann der Aufbau der *Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter*<sup>18</sup>. Diese Arbeitsgemeinschaft, die bis auf den heutigen Tag besteht, versteht sich nicht als selbständige Gruppierung, sondern als Gliederung der CDA. Damit rückten die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter auch wieder enger an die CDU, als dies in den anderen Sammelbewegungen der Fall war.

Der Kampf zwischen den hier vorgestellten Richtungen hat die Gewerkschaftspolitik der christlich-sozialen Richtung in den 50er Jahren maßgebend geprägt und hat dazu beigetragen, daß ihr Einfluß in der CDU relativ gering war. Durch-

gesetzt hat sich das Modell einer parteinahen Sammlung in Gestalt der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter.

In den Einzelgewerkschaften verlief der Prozeß der christlich-sozialen Gruppenbildung jeweils unterschiedlich je nach Stärke der Christlich-Sozialen bzw. je nach Entgegenkommen der sozialdemokratischen Mehrheit.

### Die Schwäche der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter in der CDU

Nachdem die Gründung einer „Partei der Arbeit“<sup>19</sup> gescheitert war, wirkten christlich-soziale Gewerkschafter bei der Gründung der CDU mit. Viele von ihnen hatten diese Partei in der Hoffnung aufgebaut, dort einen starken christlich-sozialen Einfluß verankern zu können. Während dieser Einfluß in den ersten Nachkriegsjahren noch erheblich war („Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, Ahlener Programm), sank er in der Folgezeit rapide. Dafür gibt es parteiinterne Gründe.

Der konservativ-liberale Flügel um Adenauer und Erhard konnte die entscheidenden Positionen in der Partei besetzen und baute darauf seine Vormachtstellung auf. Ein wichtiger Faktor für diese Vormachtstellung war die Zerstrittenheit des christlich-sozialen Flügels sowie sein fehlender konsequenter Widerstand gegen die Hegemonie der konservativ-liberalen Politik. Innerhalb des christlich-sozialen CDU-Lagers gab es von Anfang an drei relevante Strömungen: 1. Christlich-Soziale, die primär parteipolitisch dachten (Arnold, Kaiser, Blank)<sup>20</sup>; sie wirkten in hohen Parteiämtern und an führender Stelle auf parlamentarischer Ebene oder strebten diese Positionen an; 2. die Christlich-Sozialen, die primär gewerkschaftlich orientiert waren (Föcher, Tacke); 3. die Christlich-Sozialen, die in der KAB aus der Perspektive eines geschlossenen Katholizismus wirkten (Even, Gockeln, Winkelheide).

Da es den Christlich-Sozialen in der CDU nicht gelang, eine einheitliche Linie in wirtschafts-, sozial- und gewerkschaftspolitischen Fragen zu finden, schwächten sie sich so sehr, daß es für die wirtschaftsliberale Seite ein leichtes Spiel war, diese unterschiedlichen Interessen gegeneinander auszuspielen. Besonders nachteilig wirkte sich diese Entwicklung für den Gewerkschaftsflügel aus. Der ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke stellte zum Verhältnis christlich-sozialer DGB-Gewerkschafter und CDU im nachhinein fest: „Die CDU und die CSU haben – ich sage das ohne Ressentiments –, zumindest solange sie Regierungsparteien waren, sich nicht sonderlich um die Christlich-Sozialen im DGB bemüht.“<sup>21</sup>

Diese drei Flügel arbeiteten in der Gewerkschaftsdebatte meistens gegeneinander. Die Politik der einzelnen Richtungen konstituierte sich über folgende institutionelle Zusammenhänge: Für die parteipolitisch Orientierten war die Loyalität

zur Politik der CDU maßgebend, während die sich primär als Gewerkschafter Verstehenden im Zweifelsfall der Gewerkschaft den Vorzug gaben. Für den KAB-Flügel waren vornehmlich amtskirchliche und verbandspolitische Interessen bestimmend. Der Gewerkschaftsflügel überließ das parteipolitische Feld fast gänzlich den beiden anderen christlich-sozialen Flügeln. Der Aufbau einer eigenen Fraktion – worin die einzige Chance zur Errichtung einer Machtbasis in der CDU gelegen hätte – wurde nie ernsthaft ins Auge gefaßt.

Um den DGB zu einer Revision seiner wirtschaftlichen Neuordnungsziele zu bewegen (Münchener Grundsätze 1949), ihn politisch zu neutralisieren und für den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung zu gewinnen, wurden von seiten der CDU und ihr nahestehender Kräfte im wesentlichen folgende Wege eingeschlagen:

Zugeständnisse zum Beispiel im Bereich der Mitbestimmung (Montanmitbestimmungsgesetz 1951) und Anerkennung der Gewerkschaften als Kooperationspartner in öffentlichen Gremien<sup>22</sup>; Verhandlungen über die Interessen und den Einflußbereich der Gewerkschaften gegenüber den Parteien und politisch-parlamentarischen Instanzen; Androhung gesetzlicher Maßnahmen, die die Aufgaben der Gewerkschaften festlegen oder einschränken, zum Beispiel in Form eines Verbändegesetzes oder einer Zwangsschlichtung. Die Drohung bzw. die Gründung einer christlichen Gewerkschaft sowie die Unterstützung konkurrierender Verbände schließlich waren wirkungsvolle Mittel, um den DGB unter Druck zu setzen. Auf diesem Weg wurde in den Jahren 1953 bis 1955 die politische Neutralisierung der Gewerkschaften beschleunigt.

Diese Wege wurden von unterschiedlichen Gruppen inner- und außerhalb der CDU eingeschlagen. Die CDU agierte nicht als geschlossene Partei gegen die Einheitsgewerkschaft, sondern durch einzelne Repräsentanten, ihr nahestehende Verbände und Medien. Für die christlich-sozialen Gewerkschafter im DGB gab es keine relevante öffentliche Unterstützung durch die CDU. Selbst als 1955 die Christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, bieb diese aus<sup>23</sup>. In einer der ersten Debatten über die Haltung der CDU zur Gründung der Christlichen Gewerkschaften plädierte Wilhelm Johnen, Geschäftsführer der rheinischen CDU, für eine neutrale Haltung:

„Im Lande Nordrhein-Westfalen erwartet man eine neutrale Erklärung der Partei! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Koalitionsfreiheit für jeden Berufsstand haben, also auch für die Arbeiterschaft. Das ist eine Frage, die die Arbeiterschaft unter sich auszutragen hat. In der CDU ist Raum für beide Gruppen. Mehr kann ich als Partei nicht tun. Ich darf mich als Partei weder auf die Seite der Einheitsgewerkschaft noch auf die Seite der christlichen Gewerkschaft stellen. Wir kommen in Konflikt, wenn wir als CDU scharfe Worte gegen die Gründung der Christlichen Gewerkschaften sagen. Das versteht im Lande keiner.“<sup>24</sup>

Johnens Linie setzte sich durch. Da die Initiatoren der Gründung auch CDU-Bundestagsabgeordnete waren<sup>25</sup>, konnte man den Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGD) nicht einfachhin ablehnen, ebensowenig konnte man

die überragende Bedeutung des DGB und die Präferenz der eigenen Klientel für den DGB mißachten, und eine positive Stellungnahme für den CGD verabschieden. Ein weiterer Grund, der gegen eine einseitige Haltung zugunsten des CGD sprach, war die Gefährdung des interkonfessionellen Anspruchs der CDU. Hierzu der Bundesgeschäftsführer der CDU, Bruno Heck:

„Ich möchte auf einen Vorgang hinweisen, der für die Union wichtig ist. Es hat sich getragen von Kräften, die für die evangelische Kirche tätig sind, in Stuttgart ein Aktionskomitee zur Erhaltung der Einheitsgewerkschaft gegründet... Aus mehreren Gesprächen mit beteiligten Herren... habe ich den Eindruck gewonnen, daß weite Kreise der evangelischen Kirche der Auffassung sind, daß diese Gründung der Christlichen Gewerkschaft von den Bischöflichen Ordinariaten der katholischen Kirche aus gesteuert ist. Das ist die Ursache, warum es zu der evangelischen Aktion in dieser Angelegenheit kommt. Dieser Tatbestand ist für uns als Union ein Symptom einer Zuspitzung der konfessionellen Gegensätze – nicht innerhalb der Union, sondern von Kirche zu Kirche – bezeichnend und äußerst schlecht.“<sup>26</sup>

Die Gründung des CGD wurde von der CDU in einem Balanceakt bewältigt. Trotzdem sorgten sich einige CDU-Politiker, wie der bereits oben erwähnte Wilhelm Johnen, unmittelbar nach der Gründung um die Einheit der Partei:

„Ich bin zum ersten Mal in Sorge um unsere Partei... Wir haben die Einheitsgewerkschaft und die Christlichen Gewerkschaften. Und was tun wir als Partei? Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen spricht für die Einheitsgewerkschaft, und der Landtagspräsident des gleichen Landes spricht für die Christlichen Gewerkschaften! Beide im eigenen Lande! Unten in den Kreisen tut sich etwas; entweder ist jemand Anhänger der KAB, dann schmeißt er diejenigen, die zur Einheitsgewerkschaft gehören, heraus, und umgekehrt ist es so, der Einheitsgewerkschafter läßt die KAB-Leute nicht in sein Zimmer... Und wir als Partei laufen Gefahr, bei dieser Sache zermalmt zu werden.“<sup>27</sup>

Bemerkenswert wirkt die Tatsache, daß die CDU ohne größere innerparteiliche Zugeständnisse an den eigenen Gewerkschaftsflügel relevante Wähleranteile in der Arbeitnehmerschaft erhalten konnte. Die Christlich-Sozialen wirkten hier einerseits als Mehrheitsbeschaffer, andererseits fanden sie nur wenig Unterstützung und Anerkennung durch die CDU für ihre Arbeit im DGB. Im Gegenteil, trotz ihrer Loyalität gegenüber der CDU mußten sie sich häufig gegen Angriffe aus der Partei zur Wehr setzen. Ihre Aufgabe in der CDU sahen sie im Kampf für christlich-soziale Positionen und gegen eine absolute Vormachtstellung des wirtschaftlich-liberalen Flügels.

### Die katholischen DGB-Gewerkschafter im Katholizismus

Innerhalb des Katholizismus gab es von Anfang an Vorbehalte gegen eine starke, unabhängige Einheitsgewerkschaft. In einer von sozialdemokratischen Gewerkschaftern dominierten Organisation sahen sowohl die führenden Vertreter des Verbandskatholizismus als auch die kirchliche Hierarchie eine Gefahr für die weltanschauliche Orientierung und kirchliche Bindung der katholischen Arbeiter. Als drei westdeutsche Bischöfe 1945 mit Vertretern der britischen Besatzungs-

macht darüber sprachen, ob wieder christliche Gewerkschaften gegründet werden könnten, hatten sie zu dieser Zeit jedoch weder die direkte Unterstützung der Besatzungsmacht noch die der katholischen Arbeiter<sup>28</sup>.

Nach dem Krieg gab es sowohl innerhalb des Verbandskatholizismus und erst recht in linkskatholischen Kreisen sowie in Teilen der katholischen Jugend die Suche nach neuen Formen gesellschaftlicher Praxis aus christlicher Verantwortung. Im Gegensatz zu denjenigen (Mehrheit des Episkopats und der Verbandsführungen), die angesichts des Wegfalls der christlichen Gewerkschaften und der politischen Bedeutungslosigkeit der Zentrumspartei um den Einfluß des deutschen Katholizismus fürchteten, begriffen sie gerade diese Entwicklung als eine Chance. Exemplarisch seien hier die Zirkel um die Zeitschriften „Ende und Anfang“, „Michael“ sowie die „Frankfurter Hefte“ genannt. Für sie bildete die Einheitsgewerkschaft eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Republik. Im Lauf der restaurativen Entwicklung (seit 1947/48) verloren diese Gruppen und damit auch die katholischen DGB-Gewerkschafter immer mehr an Einfluß. Ein letztes Mal keimte die Hoffnung, daß größere Teile des Katholizismus die Einheitsgewerkschaft unterstützen würden, im Zusammenhang mit dem Bochumer Katholikentag (1949) auf, als es dort gelang, das Mitbestimmungsrecht als „natürliches Recht in gottgewollter Ordnung“ durchzusetzen<sup>29</sup>.

Doch bevor sich der Bochumer Impuls überhaupt entfalten konnte, mobilisierten katholische Kritiker einer starken Gewerkschaft, bestärkt durch den Papst, gegen eine Umsetzung dieser Vorstellungen<sup>30</sup>. Beflügelt durch die Konsolidierung der politischen Verhältnisse nach Währungsreform (1948) und Bundestagswahl (1949) gingen große Teile des Verbandskatholizismus unter Führung der KAB und in Zusammenarbeit mit dem Episkopat seit 1952 dazu über, die organisatorische Einheit der Gewerkschaften öffentlich in Frage zu stellen. Die Frage: DGB oder christliche Gewerkschaft? wurde von dieser Seite unter dem Aspekt des institutionellen Eigeninteresses der katholischen Kirche diskutiert und als Weltanschauungsfrage deklariert. Im DGB sahen sie einen „Durchlauferhitzer“, in dem die katholischen Arbeiter mit „feindlichen Ideologien“ infiziert und damit ihrer katholischen Mentalität beraubt würden. Auf diesem Weg vollziehe sich ein schleichender Wechsel vom kirchentreuen und an die CDU gebundenen Arbeiter ins sozialdemokratisch-kirchenfeindliche Lager.

Der Kampf der Kirchenleitungen gegen die Einheitsgewerkschaft erhielt eine neue Qualität, als Kardinal Frings, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, 1952 in einer öffentlichkeitswirksamen Form die Existenz der Einheitsgewerkschaft auf das Diktat der Besatzungsmächte zurückführte<sup>31</sup>. Von da an unterstützte die Mehrheit des Episkopats die Bewegung zur Gründung christlicher Gewerkschaften, die von der KAB angeführt wurde. Der entschiedenste Verfechter einer christlichen Gewerkschaft unter den Bischöfen war der Münsteraner Bischof Michael Keller.

Die Führer der westdeutschen KAB entwickelten sich in den 50er Jahren zu den zentralen Gegenspielern der christlich-sozialen Einheitsgewerkschafter, denen sie vorwarfen, die christliche Tradition zu verraten. Vor diesem Hintergrund wurden viele Bemühungen zur Stärkung der katholischen Arbeiterschaft in der Einheitsgewerkschaft von kirchlichen Stellen heftig angegriffen. Beispielsweise bekam der Jesuitenpater Herbert Reichel, der nach der Gründung des CGD für den DGB warb, sowohl in der Diözese Aachen als auch in der Diözese Münster Redeverbot<sup>32</sup>. Die Existenz katholischer Arbeiter in der Einheitsgewerkschaft und deren Unterstützung durch Teile der Jesuiten und der Dominikaner, Teile des Klerus und der Linkskatholiken verhinderten jedoch alle Versuche, eine einheitliche katholische Front gegen die Einheitsgewerkschaft zu errichten. Die Mehrheit der katholischen Arbeiter hatte sich längst mit der Einheitsgewerkschaft arrangiert.

Die gewerkschaftspolitische Debatte im sozialen Katholizismus ging im Kern um die Frage: Wer ist autorisiert, im Namen der christlich-sozialen Richtung zu sprechen, das heißt, wer hat die Macht zu definieren, wo die Grenzen der parteipolitischen Neutralität und der sogenannten weltanschaulichen Toleranz überschritten sind und die Interessen der christlich-sozialen Gewerkschaftspolitik nicht mehr hinreichend berücksichtigt werden? Einen Höhepunkt erreichte diese Debatte im Zusammenhang mit der DGB-Kampagne im Bundestagswahlkampf 1953 („Wählt einen besseren Bundestag“). Außerhalb der DGB-Gremien stehende Vertreter aus KAB und CDA forderten den DGB ultimativ auf, umfassende Satzungsänderungen vorzunehmen, andernfalls sei die Konsequenz die Gründung einer eigenen Gewerkschaft. In einem Brief erteilte der christlich-soziale DGB-Gewerkschafter Bernhard Tacke dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, der diese ultimativen Forderungen an den DGB mittrug, eine Absage, die jegliche Einflußnahme von außen negierte<sup>33</sup>:

„Es dürfte Dir nicht unbekannt sein, daß viele führende Kollegen im DGB und in den Gewerkschaften mit uns gemeinsam an der Vervollkommnung der religiösen, weltanschaulichen und parteipolitischen Neutralität arbeiten. Das ehrliche Bemühen dieser ‚sozialistischen‘ Kollegen ist unverkennbar. Der ultimative Charakter der gegenwärtigen Diskussion und Euer Schreiben erschweren dieses Bemühen und machen es u. E. unmöglich. Bedenkt doch, daß der Bundesausschuß des DGB, dem neben mir mehrere Kollegen aus den früheren christlichen Gewerkschaften angehören, diese Forderungen nicht akzeptieren kann. Er würde sich über alle Statuten hinwegsetzen und der Einflußnahme weiterer Kräftegruppen Tür und Tor öffnen. Man hat uns bedauerlicherweise weder in den Sozialausschüssen noch in der KAB in der ganzen Angelegenheit bisher zu Wort kommen lassen. Man hat sich die Meinung der ‚gesamten christlichen Arbeitnehmerschaft‘ vielmehr angeeignet und ist darüber sogar in eine Rivalität gelangt, die zu einem großen Schaden innerhalb der christlichen Arbeitnehmerschaft führen wird. Da man uns – damit meine ich mehrere hundert aktive Gewerkschaftsführer aus den früheren christlichen Gewerkschaften – scheinbar nicht hören will, sind wir gezwungen, außerhalb der Sozialausschüsse und der konfessionellen Arbeitervereine unsere Meinung in den Fragen zu sagen.“

ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Nach 1945 gab es nur noch sehr wenige ehemalige christl. Gewerkschafter protest. Herkunft (Brief v. P. Hartmann an M. Föcher v. 18. 10. 1949, DGB-Archiv Düsseldorf, Nachlaß Föcher).
- <sup>2</sup> M. Rott, Bericht zur gewerkschaftl. Lage in der Nord-Rheinprovinz 8. 8. 1945, in ACDP I-101-2-10.
- <sup>3</sup> 1953 waren nach DGB-Angaben nur noch 18% der Mitgl. bereits vor 1933 in einer Gewerkschaft (Gespräche des DGB-Vorstandes mit Vertretern ev. u. kath. Verbände, 22. 5. 1953 u. 2. 6. 1953, DGB-Archiv Düsseldorf).
- <sup>4</sup> Die Christlich-Soziale Kollegenschaft im DGB setzte sich mehrheitlich aus jüngeren Gewerkschaftern der Jahrgänge 1920–1930 zusammen. Die CGD-Gründung 1955 wurde ebenfalls stark von jüngeren Gewerkschaftern mitgetragen. Mit überwältigender Mehrheit votierte die CAJ für den CGD.
- <sup>5</sup> Beispiele waren das Votum für den Demonstrationsstreik im Nov. 1948 und den angedrohten Streik zur Durchsetzung der Mitbestimmung 1951. Mit diesen Entscheidungen standen sie in Widerspruch zur CDU/CDA-Politik.
- <sup>6</sup> Vgl. Interviews mit B. Tacke, A. Müller u. R. Nickels in: W. Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU (1945–1960) (Köln 1990).
- <sup>7</sup> T. Mayer, Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot (Köln 1988).
- <sup>8</sup> 1948 wurde erstmals die Einheitsgewerkschaft durch Vertreter der Sozialausschüsse u. der KAB offen in Frage gestellt. Hintergrund waren die Auseinandersetzungen um die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats und der Generalstreik gegen diese Politik am 12. 11. 1948. Vgl. G. Beier, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948 (Köln 1975). <sup>9</sup> Protokoll (Köln 1950) 238.
- <sup>10</sup> Hermann Meinzer 1950–1956; Fritz Biggeleben 1956–1973; Ferdinand Koob 1973–1984; Willi Sturm seit 1984 (K. Schmitz, IGM; Brief v. 18. 10. 1988).
- <sup>11</sup> Hier sei an den gemeinsamen Kampf gegen die KPD in den Betrieben und Einzelgewerkschaften erinnert.
- <sup>12</sup> Ch. Kleßmann, Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft, in: Vierteljahresschr. f. Zeitgesch. (1983) 272 ff.
- <sup>13</sup> H. Kastendiek, Arbeitnehmer in der SPD (Berlin 1978) 20 ff.
- <sup>14</sup> H. Gundelach, Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB (Diss. Bonn 1983).
- <sup>15</sup> W. Schmidt, Sozialer Frieden und Sozialpartnerschaft (Frankfurt 1985) 128 ff.
- <sup>16</sup> Besprechung des Gewerkschaftl. Arbeitskreises am 5./6. 6. 1956 in Königswinter (Material H. Zankl).
- <sup>17</sup> Brief von H. Zankl an E. Leuninger v. 3. März 1956 (Material H. Zankl).
- <sup>18</sup> Zunächst nur als „Landesarbeitsgemeinschaft“ in Nordrhein-Westfalen; bundesweite Gründung am 24. 3. 1963 in Königswinter; vgl. H.-Th. Risse, Die Arbeitsgem. christl.-demokr. DGB-Gewerkschafter (BR 27. 3. 1963).
- <sup>19</sup> U. Schmidt, Zentrum oder CDU (Opladen 1987) 159–174.
- <sup>20</sup> Zwischen Blank, Sabel, Storch auf der einen Seite und Kaiser auf der anderen gab es ebenfalls nicht zu unterschätzende Unterschiede in der Bewertung der gewerkschaftl. Entwicklung.
- <sup>21</sup> B. Tacke, Die Christlich-Sozialen in der Einheitsgewerkschaft in Vergangenheit und Zukunft. Referat auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft christl.-demokr. DGB-Gewerkschafter 12. 5. 1973 (Privatmaterial B. Tacke).
- <sup>22</sup> Böckler sah frühzeitig den Zusammenhang zwischen Wiederbewaffnung und Mitbestimmung. „Möglich und nötig schien ihm dagegen, für das gewerkschaftliche Stillhalten, für die stillschweigende Unterstützung der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik jetzt dem Bundeskanzler eine Gegenleistung – eine demokratische Wirtschaftsverfassung, die Neuordnung der deutschen Wirtschaft – abzuverlangen“ (A. Baring, Im Anfang war Adenauer, München 1984, 334).
- <sup>23</sup> In Stuttgart fand eine große öffentl. Veranstaltung der von ev. Seite initiierten Aktionsgemeinschaft zur Rettung der gewerkschaftl. Einheit statt. Auch H. Zankl, der Vertreter des relativ unbedeutenden CDU-Gewerkschaftsreferats, nahm teil. Eindeutige Stimmen der führenden CDU-Persönlichkeiten gab es damals nicht.
- <sup>24</sup> Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 6. 11. 1955, 7 (Materialien H. Zankl).
- <sup>25</sup> Nach der Gründung christl. Gewerkschaften befanden sich unter den christl. sozialen Mandatsträgern in der CDU-Bundestagsfraktion mehrheitlich Mitgl. des christl. Gewerkschaftsbundes: 1963 standen den 13 DGB-Gewerkschaften 29 christl. Gewerkschafter, 13 Mitgl. des Beamtenbundes und 4 Mitgl. der DAG gegenüber (Das Dilemma der CDU im DGB, in: Industriekurier, Nr. 47, 26. 3. 1963).
- <sup>26</sup> Prot. der CDU-Bundesvorstandssitzung v. 7. 11. 1955, 12f. (Materialien H. Zankl). <sup>27</sup> Ebd. 6.
- <sup>28</sup> Th. Pirker, Die blinde Macht, T. 1 (Berlin 1979) 54 ff. <sup>29</sup> Ebd. 155 ff.
- <sup>30</sup> J. Oelinger, Schwerpunkte der innerkatholischen Mitbestimmungsdiskussion 1945–1963, in: Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, hrsg. v. A. Langner (Paderborn 1980) 153–204.
- <sup>31</sup> Kardinal Frings: „Einheitsgewerkschaft von der Besatzungsmacht aufdiktiert“ (Überschrift am 1. Dez. 1952 im Kölner Stadt-Anzeiger). <sup>32</sup> Brief H. Reichel an P. Engel v. 11. 11. 1958 (Materialien H. Reichel).
- <sup>33</sup> Brief v. B. Tacke an K. Arnold 8. 9. 1953 (DGB-Archiv Düsseldorf).